

SPE

EUROPÄISCHE
SOZIALDEMOKRATIE

**SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI EUROPAS
LISSABON, 7-8 DEZEMBER 2018**

GERECHT

FREI

NACHHALTIG

**Unser progressives
Europa**

AUFLÖSUNGEN



GERECHTE GESELLSCHAFTEN:

Ein soziales Europa

In den letzten Jahren haben die sozialen- und Einkommensungleichheiten immer weiter zugenommen. Dieser Trend muss enden. Wohlstand kommt nicht automatisch allen zugute. Angesichts der wachsenden Ungleichheit setzt sich die SPE für sozialen Fortschritt und ein besseres Leben für alle Europäerinnen und Europäer ein. Die progressive Familie hat in den letzten Monaten viel erreicht: die Verabschiedung der Europäischen Säule Sozialer Rechte, der Fortschritt bei der Arbeit an der neuen Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und der Versuch, eine europäische Definition von Ungleichheiten festzulegen, sind nur einige der wichtigen Initiativen. Sie müssen fortgesetzt und ausgebaut werden. Im Jahr 2019 wollen wir die Bürgerinnen und Bürger darum bitten, uns ein Mandat zur Weiterführung dieser Arbeit und zur Schaffung eines sozialen Europas zu geben. Wir wollen alle 20 Grundsätze der Europäischen Säule Sozialer Rechte umsetzen. Wir wollen, dass die EU bei der Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele eine Vorreiterrolle übernimmt. Um die weitere Vergrößerung der Kluft zwischen Mitgliedstaaten, Regionen, Städten, Geschlechtern und Individuen zu verhindern, muss der Kampf für Gerechtigkeit das Leitprinzip der EU-Politik sein. Alle europäischen Bürgerinnen und Bürger müssen ein angemessenes Einkommen, gute Arbeitsbedingungen, Zugang zu hochwertiger Gesundheitsversorgung und zu lebenslangem Lernen und das Recht auf eine auskömmliche Rente haben. Wir wollen, dass die EU im Jahr 2019 eine soziale Wende nimmt!

Das aktuelle Wirtschaftsmodell muss überprüft werden. Wir wollen einen Paradigmenwechsel, sodass die Beschäfti-

gungs- und Sozialpolitik nicht länger nur als Bürde wahrgenommen wird, sondern als echte soziale Investition anerkannt wird, die einen Beitrag zum gemeinsamen Wohlstand leistet. Wir brauchen steuerliche Umverteilungssysteme, um Gewinne aufzuteilen und gerechtere Gesellschaften zu schaffen. Wir stehen für progressive Einkommensbesteuerung, stärkere Vermögensbesteuerung, progressive Immobilienbesteuerung sowie die Besteuerung von Boni, Dividenden und Aktienoptionen. Auf europäischer Ebene sollte eine Bestandsaufnahme von Einkommens-, Vermögens- und Steuersystemen vorgenommen werden, um die Realität und Effizienz der Besteuerung in der Union zu reflektieren und eine bessere Umverteilung zu ermöglichen.

Bekämpfung von Ungleichheit durch menschenwürdige Arbeit für alle. Wenn wir den Lebensstandard der Europäerinnen und Europäer sowie deren Kaufkraft erhöhen und den Lohnwettbewerb, der die Löhne nach unten treibt, bekämpfen wollen, ist es unserer Ansicht nach an der Zeit, die Löhne schnell zu erhöhen. Wir sind davon überzeugt, dass die Löhne weiter erhöht und damit die Gewinne gerechter verteilt werden sollten, und wir werden entsprechende Tarifverhandlungen unterstützen. Wir wollen Mindestlöhne oberhalb der Armutsgrenze in allen EU-Ländern für Gruppen mit geringem Einkommen, was entweder durch gesetzliche Vorschriften oder Tarifverhandlungen erzielt werden kann, sodass keine Arbeitnehmerin und kein Arbeitnehmer mehr in Armut leben muss. Wir wollen ein Europäisches Rahmenwerk für die Mindestlohnregulierung unter Berücksichtigung nationaler Besonderheiten schaffen. Diese Mindestlöhne sollten für alle

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gelten. Es sollte keine Ausnahmen geben, auch nicht für die jüngsten.

Gleiche Bezahlung und gleiche Arbeitsbedingungen müssen für die gleiche Arbeit am gleichen Ort gelten, und zwar ungeachtet der Größe des Unternehmens, des Alters, einer Behinderung, der Nationalität, der ethnischen Herkunft, der sexuellen Orientierung oder des Geschlechts der Arbeitnehmenden, des Arbeitsortes oder der Art des Vertrags. Das geschlechtsspezifische Lohngefälle ist völlig inakzeptabel. Wir wollen es um mindestens zwei Prozent pro Jahr senken, bis es bis zum Jahr 2030 vollständig eliminiert ist. Wir wollen, dass Frauen und Männer in Management-Positionen gleichermaßen vertreten sind, und zu diesem Zweck eine Quote festlegen. Die SPE hat sich außerdem der Beseitigung des starken Lohngefälles zwischen den EU-Mitgliedstaaten verschrieben.

Der Wandel der Arbeit, die digitale Revolution, die digitale Arbeit und die sich rasch verändernden Arbeitsmärkte dürfen die Europäischen Arbeits- und Beschäftigungsstandards nicht untergraben. Die digitale Ära hat enormes Potential zur Veränderung unserer Gesellschaft und unserer Lebensqualität zum Besseren. Damit dies erreicht werden kann, müssen wir jedoch die damit einhergehenden tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen bewältigen. Wir haben uns der Bekämpfung von Erwerbstätigenarmut, Null-Stunden-Verträgen, unbezahlten Praktika und anderen Formen prekärer Arbeit verschrieben. Der Status einer Arbeitnehmerin oder eines Arbeitnehmers muss klar sein; sie oder er ist entweder angestellt oder selbständig. Dies ist insbesondere für neue Formen der Beschäftigung wichtig, wie beispielsweise Plattformarbeit, bei der zu oft die Pflichten der oder des Angestellten mit den Risiken der oder des Selbständigen kombiniert wer-

den. Wir wollen gemeinsame Vorschriften im EU-Recht umsetzen, die nationale Standards für angemessene Arbeitsbedingungen, Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz und angemessene Verträge nicht senken. Wir sind davon überzeugt, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das Recht haben sollten, Kommunikationsgeräte außerhalb der vereinbarten Arbeitszeit auszuschalten, um eine gute Balance zwischen Berufs- und Privatleben zu gewährleisten und arbeitsbedingte Erkrankungen zu verhindern. Wir müssen die Privatsphäre der Arbeitnehmenden vor invasiver Datennutzung schützen. Wir können es nicht zulassen, dass die digitale Revolution für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu einer Lose-Lose-Situation wird.

In der heutigen Gesellschaft ist es wahrscheinlich, dass die meisten Menschen ihren Arbeitsplatz mehrmals wechseln und während ihrer Laufbahn neue Kenntnisse erwerben. Während einige von den Chancen profitieren, kann der neue Arbeitsmarkt für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Arbeitssuchende auch echte und objektive Probleme schaffen. Eine tatkräftige und konkrete staatliche Unterstützung wird benötigt, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei der Anpassung und Förderung ihrer beruflichen Laufbahn geholfen werden kann. Dies umfasst einen Anstoß der Förderung sozialer Investitionsstrategien in allen Mitgliedstaaten durch die EU. Die EU muss lebenslanges Lernen als ein Recht jeder Arbeitnehmerin und jedes Arbeitnehmers anerkennen und Weiterbildung in der Beschäftigung als Standardpraxis fördern. Das bedeutet, dass allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Zeit für Schulungen und bezahlten Bildungsurlaub gewährt werden muss, auch denen, die Kinder oder von ihnen abhängige Verwandte betreuen. Es bedeutet auch, dass die in einem Beschäftigungsverhältnis erworbenen Rechte

beim Wechsel zu einer neuen Arbeitgeberin oder einem neuen Arbeitgeber, beim Abschluss eines neuen Vertrags oder beim Umzug in ein anderes Land nicht verloren gehen dürfen: Es muss ein europäisches Rahmenwerk vorhanden sein, durch das ein Laufbahnwechsel oder das Laufbahnende ohne Verzicht auf soziale Sicherheit und Rentenschutz möglich ist.

Starke Gewerkschaften und ein intensiver sozialer Dialog sind entscheidende Elemente für einen gemeinsamen Wohlstand in Europa. In ihnen werden auch konkrete Lösungen für die Probleme vorgeschlagen, mit denen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber konfrontiert sind. Darum wollen wir Tarifvereinbarungen auf nichtstandardisierte Beschäftigungsformen ausweiten, den Erfassungsbereich von Kollektivverhandlungen erweitern und Selbständigen die Gründung von Gewerkschaften gestatten. Wir werden den sozialen Dialog in Europa neu starten und den Kapazitätsaufbau sozialer Partner, einschließlich Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern und Gewerkschaften, auf nationaler Ebene auch weiterhin unterstützen und bestehen darauf, dass die EU-Politik die Vereinbarungen von Sozialpartnern auf EU-, internationaler und nationaler Ebene nicht nur respektiert, sondern auch unterstützt. Wir werden die Rechte der Arbeitnehmenden auf gewerkschaftliche Organisation, Vertretung, Konsultation, Informationen und Streik weiter unterstützen. Wir werden weiter auf die Erweiterung des Dialogs zwischen den europäischen Institutionen, den Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft hinarbeiten.

Bekämpfung von Ungleichheit durch sozialen Schutz für alle. Dies bedeutet den Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vor Ausbeutung und vor dem Wettbewerb um die niedrigsten Standards. Es bedeutet Mobilität unter fairen Bedingungen. Wir wollen, dass die zukünftige Europäische Arbeitsbehörde stark genug ist, um Missbrauch zu beenden und dafür zu sorgen, dass alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa durch das System der sozialen Sicherheit erfasst sind. Wir wollen eine gerechte Umsetzung der Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern und klare Vorschriften gegen Briefkastenfirmen. Unternehmen müssen eine wesentliche und wirkliche Tätigkeit in dem Land aus-

führen, in dem sie niedergelassen sind, und es darf ihnen nicht gestattet werden, sich ihrer sozialen und steuerlichen Verantwortung zu entziehen. Wir wollen die soziale und umweltpolitische Verantwortung von Unternehmen erhöhen und Prüfpflichten in der gesamten Lieferkette verstärken. Diese Elemente sollten Vorbedingungen für die Vergabe öffentlicher Aufträge sein.

In einer sich ständig verändernden Arbeitswelt umfasst die Bekämpfung von Ungleichheiten auch die Erweiterung von sozialem Schutz auf alle Menschen in Europa ungeachtet ihrer Vertrags- oder Beschäftigungssituation. Es muss ein zuverlässiges soziales Sicherheitsnetz vorhanden sein, um alle Menschen in Europa, darunter auch Arbeitslose, Selbständige, atypisch Beschäftigte und Crowd-Workers, vor den Risiken ihres Arbeitslebens zu schützen. Die Einkommenssicherheit ist von entscheidender Bedeutung. Um die Schwächsten zu schützen, müssen wir nationale Mindestsicherungsprogramme ins Leben rufen, die verhindern, dass Menschen in Armut und Obdachlosigkeit leben. Wir wollen klare Ziele zur Reduzierung von Obdachlosigkeit in Europa. Wir werden für angemessene Renten kämpfen, die es den Ältesten gestatten, in Würde zu leben. Bei einer plötzlichen und starken Erhöhung der Arbeitslosigkeit in einem Mitgliedsstaat sollte den nationalen Arbeitslosengeldsystemen vorübergehende EU-Hilfe zur Verfügung stehen.

Ungleichheiten bekommt man immer dann besonders stark zu spüren, wenn es um die Gesundheit geht. Wir glauben, dass jede und jeder rechtzeitig Zugang zu einer hochwertigen staatlichen Gesundheitsversorgung haben sollte. Unserer Ansicht nach ist ein hohes Gesundheitsschutzniveau und rechtzeitiger Zugriff auf bezahlbare und gerechte, qualitativ hochwertige präventive und kurative Gesundheitsversorgung für das Wohlbefinden jeder Gesellschaft von entscheidender Bedeutung. Dies wurde durch die Liberalisierung staatlicher Dienstleistungen und die Sparpolitik in der gesamten EU untergraben. Wir bekräftigen nochmals, dass die öffentlichen Gesundheits- und Betreuungssysteme am besten in der Lage sind, zugängliche Dienstleistungen für alle kostengünstig zu erbringen. Wir werden auch in Zukunft gerechte und transpa-

rente Preisgestaltungs- und Zugangsrichtlinien für Medikamente unterstützen, den Zugang zu Schutzimpfungen für alle Kinder verbessern und dafür sorgen, dass sexuelle und reproduktive Rechte wahrgenommen werden können. Wir werden einen weiteren Schwerpunkt auf Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention als wirksamster Weg zu lebenslanger körperlicher und geistiger Gesundheit legen.

Da Diversität nicht als Entschuldigung für Ungleichheiten oder als Grund für Diskriminierung herhalten sollen, werden wir weiterhin integrative Gesellschaften fördern, die vielfältig, offen, respektvoll und frei von Diskriminierung sind, und wo dieselben Rechte und Pflichten für alle gelten. Wir werden die Solidarität zwischen den Generationen fördern. Wir werden unermüdlich darauf hinarbeiten, dass die Rechte von Menschen mit Behinderungen respektiert werden, dass sie unterstützt werden und dieselben Möglichkeiten in der Bildung und am Arbeitsmarkt haben, dass öffentliche Räume so gestaltet und umgebaut werden, dass jede und jeder Zugang zu ihnen hat, und dass ihre besonderen Bedürfnisse in Bezug auf soziale Sicherheit und Gesundheitsversorgung erfüllt und ihnen somit ein Leben in Würde garantiert wird.

Bekämpfung von Ungleichheit durch Fortschritt, der allen zugutekommt. In der Gesellschaft, die wir verwirklichen möchten, ermöglicht Arbeit eine gute Lebensqualität, ohne dabei mit persönlicher Entwicklung, Familienzeit oder Freizeit zu konkurrieren. Aus diesem Grund wollen wir progressive, angemessen bezahlte Urlaubszeiten (Mutterschaftsurlaub, Vaterschaftsurlaub, Elternzeit und Pflegefreistellung) sowie bezahlbare, hochwertige und entgegenkommende Betreuungsleistungen für Kinder, Senioren und andere Familienangehörige durchsetzen. Daher sind wir auch der Ansicht, dass durch

neue Technologien erzeugte Produktivitätsgewinne als Chance betrachtet werden sollten, die Löhne zu erhöhen oder die Arbeitszeit ohne Einnahmeverlust zu reduzieren. Technologie sollte keine neuen Disparitäten in unseren Gesellschaften schaffen. Darum müssen sowohl die Technologie als auch die wesentlichen digitalisierten Dienstleistungen für alle verfügbar bleiben.

Die EU muss darüber hinaus auch weiterhin in ihre Bevölkerung investieren. Es muss mit den jüngsten in unserer Gesellschaft beginnen, mit gleichem Zugang zu Bildung und einer Kindergarantie zur Bekämpfung der extremen Armut. Insbesondere die frühkindliche Bildung und Betreuung sollte weniger wohlhabenden Haushalten besser zugänglich sein, um soziale Ausgrenzung zu verhindern. Zweitens muss die EU der nächsten Generation helfen, mithilfe einer verbesserten dauerhaften Jugendgarantie einen Arbeitsplatz zu finden, damit sich die nach der Finanzkrise eingetretene katastrophale Jugendarbeitslosigkeit nicht wiederholt. Drittens muss sie den Arbeitslosen bei der Suche nach einer Beschäftigung helfen und aktive Arbeitsmarktpolitiken einrichten, die jeder und jedem Arbeitssuchenden ein qualitatives, individuelles Angebot (Stellenangebot, Ausbildung, Weiterbildung) garantieren. Viertens muss sie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern helfen, die den Verlust ihres Arbeitsplatzes aufgrund von Globalisierung, Digitalisierung, Umweltauswirkungen oder regionalen Wirtschaftskrisen befürchten müssen. Wir werden den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zu einem Fonds für sozialgerechten Strukturwandel ändern, um die Investition in Qualifikation, Kompetenzen und berufliche Perspektiven zu gewährleisten. Wir werden außerdem dafür sorgen, dass er Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unterstützen kann, die ihre Unternehmen

aufkaufen und damit ihre Schließung verhindern wollen. Die EU hat mit dem Europäischen Sozialfonds bewiesen, dass sie bereit ist, Geld für die Ausbildung und Qualifikationen ihrer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für soziale Eingliederung und für die Bekämpfung der Armut zu investieren. Wir werden dafür sorgen, dass dieser Fonds gestärkt wird und die Möglichkeit erhält, sich weiteren Herausforderungen anzupassen und die Schwächsten der Gesellschaft zu erreichen.

Wir sind davon überzeugt, dass Mitgliedsstaaten sowie Kommunal- und Regionalbehörden die Haushaltsflexibilität zur Investition in soziale Maßnahmen und Infrastrukturen sowie die Mittel für zuverlässige Sozialversicherungssysteme gegeben werden muss. Die Investition in Sozialsysteme ist eine strategische Entscheidung, die Arbeitsplätze schafft, Mehrwert einbringt und zum Wohlbefinden aller beiträgt. Wir werden außerdem darum kämpfen, dass öffentliche Dienste die Mittel haben, um effektiven und universellen Zugang zu sozialen Diensten, Gesundheitsversorgung, erschwinglichem Wohnraum und grundlegende Leistungen zu bieten. Wir wollen den Druck zur Liberalisierung und Privatisierung beenden, besonders im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen. Daneben werden wir die soziale Innovation und die Sozialwirtschaft unterstützen, da wir glauben, dass sie Armut bekämpfen, nachhaltigen Wohlstand und nachhaltiges Wohlbefinden erzeugen und gleichzeitig eine lernende und partizipative Gesellschaft fördern können.

Für uns haben weder grundlegende wirtschaftliche Freiheiten noch Wettbewerbsregeln Vorrang über soziale Grundrechte. Dies muss in europäischem Recht umge-

setzt und als Grundprinzip in EU-Verträge integriert werden, und zwar mit einem sozialen Fortschrittsprotokoll. Die Bedeutung sozialer Rechte und das Ziel des sozialen Fortschritts muss auch für die Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion bekräftigt werden.

Die Europäische Union ist die beste Garantie einer Zukunft des gemeinsamen Wohlstands und des Friedens für unseren Kontinent. Es bestehen jedoch noch zu viele Ungleichheiten zwischen europäischen Bürgerinnen und Bürgern, Ländern, Regionen und Städten. Wir werden nicht zulassen, dass sich die Kluft zwischen städtischen und ländlichen Gebieten vergrößert oder dass Regionen ihre Menschen und deren Fähigkeiten verlieren. Das europäische Projekt muss uns weiter zusammenbringen, auf denselben Weg des sozialen Fortschritts und des gemeinsamen Wohlstands. Dies ist die Quintessenz der EU-Kohäsionspolitik, und wir wiederholen an dieser Stelle nochmals, dass sie eine politische und finanzielle Priorität für die EU bleiben und für alle Menschen in Europa verfügbar und leicht zugänglich sein muss.

Als die Sozialdemokratische Partei Europas kämpfen wir für gerechte Gesellschaften. Wir haben in dieser Resolution insbesondere unsere Prioritäten für ein soziales Europa herausgestellt. Sie geht Hand in Hand mit den anderen Resolutionen für diesen SPE-Parteitag, die unser Engagement und unseren Plan für eine progressive Wirtschaft, die Stärkung der Jugend, eine gesunde Umwelt und moderne Industrien, eine echte Gleichstellung der Geschlechter, eine faire Welt, eine progressive Asyl- und Migrationspolitik und die Stärkung der Demokratie in Europa bekräftigen.



Austria SPÖ



Belgium PS



Belgium SPA



Bulgaria BSP



Croatia SDP



Cyprus EDEK



Czech Republic
CSSD



Denmark SD



Estonia SDE



Finland SDP



France PS



Germany SPD



Greece PASOK



Hungary MSZP



Ireland Labour



Italy PD
Partito Democratico



Italy PSI
Partito Socialista



Latvia Saskaņa



Lithuania LSDP



Luxembourg
LSAP



Malta Labour



Netherlands
PvdA



N.Ireland SDLP



Norway LP



Poland UNIA
PRACY



Poland SLD



Portugal PS



Romania PSD



Slovakia SMER



Slovenia SD



Spain PSOE



Sweden SAP



UK Labour

If you have any questions or comments about our work on inequalities,
please contact PES.Women@pes.eu

Follow us on www.facebook.com/pes.pse
and www.twitter.com/pes_pse.

Party of European Socialists (PES)

**10 – 12 Rue Guimard
1040 Brussels
Belgium**

**T +32 2 548 90 80
info@pes.eu
AISBL-BBCE-N 0897.208-032**

This publication received financial support of the European Parliament. Sole liability rests with the author and the European Parliament is not responsible for any use that may be made of the information contained therein. This Brochure was printed on a recycled paper with environmental safe water based inks.

December 2018